Münsterländische Volkszeitung

Rheiner Volksblatt

Amtlicher Anzeiger für Stadt und Amt Rheine.

Organ der Zentrumspartei.

Bezugspreis: Monatlich frei durch unsere Boten ins Haus, sowie von der Geschäftsstelle abgeholt 5.00 Mk. im voraus zahlbar durch die Post frei ins Haus 15 — Mk. vierteljährlich. Die M. V. erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Druck und Verlag von Joseph Altmeppen in Rheine. Hauptgeschäftsstelle und Redaktion: Bahnhofstraße 2. Fernsprecher Nr. 852. — Telegramm-Adresse: Volkszeitung Rheine (Westf.) — Postscheckkonto Cöln Nr. 40394. — Postschließfach Rheine Nr. 75. —

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 1 mm Raumhöhe 35 Pfg., für Stadt und Amt Rheine: 25 Pfg., behördliche sowie Bank- und Finanzanzeigen 30 Pfg. Reklamen 150 Pfg. Teuerungszuschlag 20 Perz. Anzeigenannahme bis 3 Uhr nachm. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebener Stelle wird keine Garantie übernommen. Für Fehler, welche durch Fernsprecher oder mangelhafte Manuskriptlieferung entstehen, wird nicht gehaftet. Bei prozentweiser Berechnung von Gebühren fällt jeder Rabatt fort.

Wöchentliche Beilagen: Für Unterhaltung: „Sonntagslese"; für Landwirtschaft: „Feld und Garten"; für Sport und Jugendpflege: „Jung Rheine."

Nr. 259 — Mittwoch, den 9. November 1921 — 45. Jahrgang

20 Goldmilliarden in Feindeshänden

Reichstagsabg. Dr. Hugo über die Markentwertung

wtb. **Bremen**, 9. Nov. (Drahtbericht.) **Der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo, der gestern über die politische Lage sprach, wies einleitend auf den augenblicklichen Stand des Dollars hin und kam auf den Versailler Friedensvertrag zu sprechen. Heute bezahlen wir, sagte er, mehr Milliarden für Besatzungskosten feindlicher Heere, als wir jemals für das deutsche Heer und die Marine bezahlt haben. Heute schwimmen 75 Milliarden deutscher Papiermark in der Welt herum und drücken auf die deutsche Valuta, und doch würden 200 Millionen Dollar genügen, um diese Papierflut verschwinden zu lassen. Wenn die Mark noch weiter fällt, werden wir bald keine Rohstoffe mehr kaufen können. Wenn wir bis zum 15. Januar nicht zahlen, werden wir die großen Werke der westfälischen Industrie verlieren. Wir brauchen eine Atempause, vielleicht durch eine Geldanleihe. Der Redner zeigt an einem Beispiel, wie arm wir geworden sind. Wir haben noch ein Guthaben bei der Entente: Die Liquidation deutscher Vermögen im Auslande. Die Wertsumme dieser Vermögen ist 20mal so groß wie das gesamte deutsche Papiergeld, das heute in der Welt schwimmt. 20 Milliarden in Gold, zum allergrößten Teil Barmittel, halten unsere Feinde in ihren Händen. Ein 20stel dieser Summe würde genügen, um die Papiermassen zu beseitigen, die heute noch in der Welt schwimmen. Daran ist die Brutalität des Versailler Friedensvertrages zu erkennen.**

Deutschland muß bis 15. Januar 500 Millionen Goldmark zahlen

Französische Befürchtungen

wtb. **Paris**, 9. Nov. (Drahtbericht.) **Die Reise der Garantiekommission beunruhigt hier sehr. Bis zum 15. Januar muß Deutschland 500 Millionen Goldmark zahlen. Am 15. November und am 1. Dezember muß der erste Teil bezahlt wreden. Die Kommission will untersuchen, inwieweit Deutschland seinen Verpflichtungen nachzukommen in der Lage ist. Man befürchtet sehr, daß Deutschland beim weiteren Sinken der Mark versuchen wird, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen und das Wiesbadener Abkommen nicht auszuführen.**

Französische Absichten

tu. **Paris**, 8. Nov. **Der Generalberichterstatter der Finanzkommission der französischen Kammer, Delaserie, von einer deutschen Reise zurückgekehrt, berichtet u. a. wie folgt von der deutschen Finanzkrise: Durch die fortwährende Banknotenausgabe droht tatsächlich ein deutscher Staatsbankerott; aber die Großindustrie betrachtet diesen Bankerott als bestes Mittel, der Reparationszahlungen ledig zu werden und tut nichts dagegen. Hiergegen müssen die Alliierten etwas unternehmen und sich Pfänder versichern. Delaserie fordert folgende Ententemaßnahmen gegen Deutschland: Beschlagnahme der deutschen Zölle. Ueberwachung des deutschen Devisenhandels, Kontrolle der regelmäßigen Steuererhebung. Delaserie gibt zu, daß Deutschland bei der nächsten Reparationsbarzahlung Schwierigkeiten haben könnte. Frankreich würde nicht einsichtslos sein und einer Umwandlung in Sachleistungen oder einer augenblicklichen Erleichterung nicht im Wege stehen.**

Poincares Zugeständnisse

tu. **Paris**, 8. Nov. Im „Matin" sagt Poincare, daß Deutschland augenscheinlich einen Bankerott anstrebe, um einen Akkord zu erreichen. Falls Deutschland am Fälligkeitstage seine Verpflichtungen nicht erfüllt, dann werden wir eine Verschiebung der Termine zugestehen, wofür wir ein Pfand haben müssen, ohne indessen etwas von unseren Forderungen aufzugeben. Wir haben im Kriege durchgehalten und in den gegenwärtigen Schwierigkeiten werden wir ebenfalls durchhalten.

Bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit

Aus dem Reichstage

cpc. **Berlin**, 8. Nov. Am Montag kommen im Reichstag die Parteien zum Wort, um ihrerseits Stellung zu nehmen zu den von der Regierung eingebrachten Steuerentwürfen und zu der finanziellen Lage überhaupt. Im Zusammenhang mit dieser Debatte wird auch die Interpellation der Deutschnationalen besprochen, die sich mit dem Stand der Valuta beschäftigt. Man hätte meinen sollen, daß die Wichtigkeit des Gegenstandes mehr Volksvertreter anzog. Das Haus weist große Lücken auf. Die Debatte verläuft ohne Zwischenfall; nur hier und da regt sich der Widerspruch. Herr Helfferich ist es, der sein Temperament nicht zügeln kann. Er sorgt für Unterhaltung, fährt bei den Reden des Sozialdemokraten und des Zentrumsmannes hier und da mit Zwischenrufen ein, die ihm vornehmlich die Linke im Chore wiedergibt. Die Parteien halten sich im allgemeinen mit ihrem Urteil vorsichtig zurück; ihre Meinung wird restlos erst zum Ausdruck kommen, wenn die Entwürfe in den Ausschüssen beraten werden. Sie berühren fast ausschließlich die allgemeine Stellungnahme, ohne auf Einzelheiten einzugehen. Nur einige durchbrachen die Zurückhaltung der übrigen. Zu ihnen gehört diesmal auch der Mehrheitssozialist dessen Rede nichts weniger als glücklich war. Man weiß wohl, daß die Mehrheitssozialdemokratie ihrerseits erhebliche weitere Forderungen auf Belastung des Besitzes erhebt, als dies vorgesehen ist; aber wenn es dies allein wäre, dann könnte man vielleicht manches Wort aus parteiagitatorischen Gründe wohl verstehen. Aber Herr Braun (Franken) fährt auf der Rednertribüne umher, als wenn ihm weder die Regierung, in der doch seine Freunde sitzen, noch [illegible] etwas in der Wahl seiner Worte zügeln könnte. Daß er den Reichsminister Dr. Hermes angreift, dafür hat er die gerechte Zurückweisung des Zentrumsredners Herold wohl verdient. Daß man seine Worte so auslegen konnte, als habe er an Frankreich die Aufforderung richten wollen, in seinen Anforderungen an Deutschland möglichst hoch zu gehen, ist ebenfalls vom Zentrumsredner Herold mit bestem Recht kritisiert worden. Sachlich hat der Zentrumsredner zu den einzelnen Entwürfen Stellung nicht genommen, nur die großen Richtlinien angedeutet, in denen er die Steuergesetzgebung aufgezogen wissen wollte. Vor allem setzt sich der Abg. Herold mit den Grundsätzen der Wertermittlung bei den Steuern auseinander. Er wünscht eine größere Kontinuität auf diesem Gebiete. Die Grundsätze für die Wertermittlung sollten nicht dem Finanzminister überlassen werden, sondern bei den stark wechselnden Verhältnissen muß hier eine gesetzliche Festlegung angestrebt werden. Auf den Familienstand müsse bei allen Steuern besondere Rücksicht genommen werden. Die Kinderzahl muß in den Steuersätzen zum Ausdruck kommen. Auch der Schonung der Kleinrentner redet der Zentrumssprecher das Wort, da sie sich infolge der Geldentwertung in großer Notlage befänden. Die Gestaltung der Steuern darf die Produktionsfähigkeit nicht allzusehr beeinträchtigen. Denn darin, daß wir ein intensiv arbeitendes Volk haben und auf diese Weise nicht bloß den Inlandsbedarf decken, sondern auch für den Export produzieren, wird allein die Möglichkeit gegeben, den Etat aufrechtzuerhalten und an die Ableistung der Reparationspflicht zu gehen. Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß wir bereit sind, mit allen nur möglichen Mitteln bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit auch die Erfüllung der Reparation hinzuwirken, so auch hierbei die Parteien mit der Regierung zusammenarbeiten werden. Unsere Anstrengungen sollen die Bereitwilligkeit auf der andern Seite auslösen, endlich durch ein Entgegenkommen der wirtschaftlichen Not zu steuern. Für die bayerische Volkspartei setzt sich der Abg. Böhm mit den Regierungsvorlagen auseinander. Auch der Reichswirtschaftsminister Schmidt greift in die Debatte ein. Er kündigt den Gesetzentwurf zur schleunigen Verabschiedung an, der sich gegen die maßlose Börsenspekulation richtet. Danach soll das freie Börsenspiel, besonders in Devisen, nicht mehr zugelassen werden. Von den Deutschnationalen redet Herr Helfferich, der mit Hallo empfangen wird. Er kritisiert, er verneint, er kämpft gegen Hermes, gegen Wirth, gegen alles, was bisher geschah. Er trägt seine Zahlenberechnung vor. Aber — die Kritik ist leicht, bequem — wir hätten gern gehört, was denn Herr Helfferich für Arzneien zur Gesundung anzupreisen hätte. Herr Finanzminister a. D.: keine Negation, positive Vorschläge der Besserung, das ist die Hauptsache. Wo sind sie? Wir wissen, daß Helfferichs Bescheidenheit nicht so weit ginge, sie nicht zu sagen, wenn er welche hätte.

Die Sitzung am Dienstag

Kleine Anfragen

wtb. **Berlin**, 9. Nov. (Drahtbericht.) Auf eine Anfrage der Deutschen Volkspartei wegen Linderung der Not der Kleinrentner wird regierungsseitig erwidert, daß im Nachtrag zum außerordentlichen Etat 100 Millionen ℳ für die Kleinrentner eingestellt seien.

Auf eine weitere Anfrage der gleichen Partei wegen Aufbesserung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, sowie wegen einer Beschleunigung der Arbeiten für die Neuanerkennung der Renten erwidert ein Regierungsvertreter, daß die vorgebrachten Beschwerden berücksichtigt werden würden. Auch die Neuanerkennung der Rentenansprüche sei in letzter Zeit so gefördert worden, daß von den 46000 Anbrüchen in Württemberg nur noch 11 000 unerledigt seien. Auch diese würden mit größter Beschleunigung geregelt werden.

Auf eine Anfrage von deutschnationaler Seite wegen Erhöhung der Teuerungszulagen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wird regierungsseitig auf die bevorstehenden Ausschußverhandlungen hingewiesen. Aus den vom Reichstag bewilligten Mitteln habe die Regierung 580 Millionen Mark für die Verbesserung der Lage der Kriegsopfer verwendet. Bei der Beschränktheit der Mittel konnten, wenn einigermaßen wirksam geholfen werden sollte, nur die wirklich Notleidenden, d. h. die Schwerbeschädigten und Hinterbliebenen berücksichtigt werden.

Auf Anfrage von sozialdemokratischer Seite wird regierungsseitig mitgeteilt, daß eine Vorlage betreffend höhere Bezüge der Altrentner der Sozialversicherung dem Reichstage mit größter Beschleunigung zugehen werde.

Auf eine Anregung der Deutschen Volkspartei wird von der Regierung versichert, daß die Ausfuhr von Kartoffeln nach dem Auslande grundsätzlich verboten sei und bei Zuwiderhandlungen strengste Maßnahmen getroffen würden.

Abg. Mumm (DN.) fragt an, ob eine Tendenzschrift des Abg. Adolf Köster „Konnten wir im Herbst 1918 weiterkämpfen?", welche von einem Ausschusse für inneren Frieden in Massen kostenlos verbreitet wird, etwa mit Regierungsmitteln verbreitet werde?

Ministerialdirektor Möller erklärt, daß die Regierung die Verbreitung billigt und unterstützt. (Lärm rechts).

Die Deutschnationalen fragen an wegen Verstopfung der Bahnhöfe in Pommern durch Waggonmangel, wodurch ungeheure Mengen von Kartoffeln nicht verladen und versandt werden können.

Regierungsseitig wird erwidert, daß die Eisenbahnverwaltungen energische Anstrengung machen, der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (USP.) stellt wegen der Aufhebung des Termins in der Strafsache gegen Jagow, Wangenheim und Schiele 26 verschiedene Anfragen.

Regierungsseitig wird geantwortet, der Termin sei aufgehoben worden durch den Oberreichsanwalt, weil inzwischen die Kappisten Bauer usw. sich freiwillig gemeldet hätten und man hoffen könnte, die Verhandlungen zusammenzulegen. Es sei nun ein neuer Termin gegen Jagow und Genossen angesetzt worden. Der Aufenthalt der Bauer usw. sei der Regierung nicht bekannt. Die Unterstellung einer absichtlichen Verschleppung müsse zurückgestellt werden.

Reichstagsausschuß für Wohnungswesen

wtb. **Berlin**, 9. Nov. (Drahtbericht.) Im Reichstagsausschuß für Wohnungswesen wurde gestern Par. 2 des Reichsmietengesetzes in der Regierungsvorlage angenommen, nachdem die verschiedenen Anträge auf Abänderung der im Regierungsentwurf vorgesehenen Berechnungsweise der gesetzlichen Miete vom Ausschuß abgelehnt worden war. Es wurde also bestimmt, daß bei Berechnung der Miete von dem am 1. Juli 1914 vereinbarten Mietzins auszugehen sei. Vergütungen, die in der Friedensmiete für die Heizstoffe, für Sammelheizung, Warmwasserversorgung oder für andere Leistungen enthalten sind, sollen abgerechnet und die oberste Landesbehörde ermächtigt werden, für die abzurechnenden Beträge Mindestsätze der Friedensmiete festzusetzen. Wenn über die Höhe der Friedensmiete Streit oder Unklarheit besteht, so soll sie vom Einigungsamt festgestellt werden.

Eine Anfrage an die Reichsregierung

Bleiben die Raubmörder Fleischer begnadigt?

tu. **Essen**, 8. Nov. Reichstagsabgeordneter Adam-Essen hat folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet: Die Essener Zeitungen vom 6. November berichten, daß die wegen dreifachen Raubmordes zum Tode verurteilten Raubmörder Fleischer zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt seien. Die Bevölkerung war dadurch in begreifliche Erregung versetzt, zumal bekannt geworden ist, daß die Vorsitzenden der Kriegs- und Schwurgerichte, sowie Staatsanwaltschaft und Gnadenrichter eine Begnadigung abgelehnt hatten. Eine unbekannte Persönlichkeit, welche Beziehungen zu den höchsten Stellen hat, soll als Sachwalter der Familie Fleischer eine große Rolle gespielt haben. Ich frage die Reichsregierung: 1. Ob sie bereit ist, restlose Aufklärung in dieser Angelegenheit zu geben? Wer ist der unbekannte Sachwalter der Familie Fleischer? 3. Welche Gründe waren für die Begnadigung maßgebend? 4. Ist sie in der Lage und bereit, die Begnadigung rückgängig zu machen?

Neue Forderungen der Beamtenschaft

Eine Folge der Markentwertung.

wtb. **Berlin**, 8. Nov. Von der Leitung des Deutschen Beamtenbundes wird mitgeteilt: Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat nach eingehender Erörterung der durch den sprunghaften Niedergang des Markkurses geschaffenen unhaltbaren Lage der Beamtenschaft und der Zustimmung der Vertreter der dem Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Körperschaften die sofortige Weiterführung der Besoldungsaktion unter folgenden Gesichtspunkten beschlossen: Der Regierung sind sofort unbeschadet des Abschlusses der gegenwärtig vorliegenden folgende Forderungen vorzulegen, die sich nach der inzwischen eingetretenen Veränderung der Verhältnisse und nach der Annahme der Gesetzesvorlagen in der Beamtenschaft nötig machen:

1. Die für Oktober-Dezember zu zahlenden Nachzahlungen auf Grund der neuen Besoldungsordnung sind, soweit sie hinter dem Betrage von 2000 ℳ für den Beamten und 500 ℳ für jede weitere von dem Beamten zu unterhaltende Person zurückbleibt, im unmittelbaren Anschluß an die Unterzeichnung auf diese Beträge aufzufüllen.

2. Hebung des Einkommens der unteren und mittleren Beamtengruppen auf die die Bestreitung der Lebensnotwendigkeiten sichernde Höhe. Bei der nunmehr sofort in Angriff zu nehmenden Revision der Grundgehaltssätze ist u. a. auf Planmäßigkeit des Verhältnisses der Gehaltssätze der einzelnen Besoldungsgruppen zueinander hinzuwirken.

3. Sofortige Schaffung von Einrichtungen, durch die unter Beteiligung der Beamtenorganisationen die kurzfristige automatische Anpassung der Bezüge an die fortschreitende Geldentwertung und Teuerung erfolgen muß.

Der 9. November

wtb. **Berlin**, 9. Nov. (Drahtbericht.) **Die Reichsregierung hat für den 9. November angeordnet, daß in den Ländern, in denen dieser Tag als gesetzlicher Feiertag anerkannt wird, auch in den Reichsbetrieben auf die Landesfeiertagsgesetzgebung Rücksicht zu nehmen ist. In den Ländern, in denen der 9. November nicht als gesetzlicher Feiertag anerkannt ist, wird in den Reichsbetrieben gearbeitet. Wer der Arbeit fernbleibt, hat mit Lohnverlust zu rechnen. Aus geringfügiger Verkürzung der Arbeitszeit werden jedoch keine Folgerungen gezogen werden.**

Aus dem thüringischen Landtag

tu. **Weimar**, 8. Nov. Nach 7stündiger, bis Mitternacht dauernder Sitzung hat gestern der thüringische Landtag die Notgesetze betr. die Aufhebung der Feier des Reformationsfestes in den Schulen sowie die Erhebung des 9. November zum Landesfeiertag mit den Stimmen der Linken gegen die Stimmen der bürgerlichen Gruppen angenommen. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die Beratung einer Regierungsvorlage betr. Aufhebung des Bußtages als Feiertag.

Folgen des Sturmes

Ein Kirchturm eingestürzt. — Fünf Mädchen getötet.

wtb. **Büren**, 9. Nov. (Drahtbericht.) Wie die Bürener Zeitung schreibt, ist am Montag gegen 4 Uhr durch den furchtbaren Sturm in Esch bei Elsdorf der Turm der dortigen Pfarrkirche eingestürzt. Dieser schlug auf das Mittelschiff und begrub etwa zwölf Mädchen unter sich. Da die Andacht gerade beendet war, hatten die anderen Personen, ebenso auch die Schulknaben, die Kirche gerade verlassen. Nur die Mädchen waren wegen des heftigen Regens noch zurückgeblieben. Fünf Kinder konnten nur als Leichen geborgen werden, während die anderen mit Verletzungen davon kamen. Die Kirche bildet in ihrer Zerstörung einen grausigen Anblick.

Sturmschäden

Rotterdam, 8. Nov. Auch in Holland und Belgien hat der Sturm mit ungekannter Heftigkeit gewütet. Der Schaden ist ungeheuer groß. Ueberschwemmungen sind vorgekommen und an manchen Oren sind auch Menschenleben zugrunde gegangen.

Schiffsunfälle

Cuxhaven, 8. Nov. In der letzten Nacht ist infolge des schweren Unwetters in der Nordsee der norwegische Dampfer „Askadel", der nach Beendigung seiner Reparatur wieder in See gehen sollte und auf der Reede lag, von seiner Verankerung losgerissen worden und gestrandet. Die Abschleppversuche waren bisher ohne Erfolg. Weiter wurden drei Segler von der Reede losgerissen und mehr oder weniger beschädigt.

Eine Beschwerde gegen den Hamburger Generalstaatsanwalt

tu. **Hamburg**, 8. Nov. Gegen den Hamburger Generalstaatsanwalt richtet sich, wie das „Hamburger Echo" mitteilt, eine Beschwerdeschrift, die der Reichsanwalt Dr. Schweitz in Berlin bei dem Hamburger Senat eingereicht hat. Danach soll der Hamburger Generalstaatsanwalt einer Anklage gegen den verantwortlichen Schrift-

...kannt.

...den Organisationen der Arbeit... der Straßenbahner Gruppe Dortmund, ...Overfeld geführten Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Es wurde der Beschluß gefaßt, den Schiedsspruch des Reichskommissars Mehlich in Dortmund anzurufen.

Abberufung des französischen Gesandten in München

wtb, München, 9. Nov. (Drahtbericht.) Der französische Gesandte in München, Herr Dard, wird, wie aus bestunterrichteter Quelle mitgeteilt wird, demnächst München verlassen, um auf seinen Posten nicht mehr zurückzukehren. Sein Nachfolger wird der General Jean Etienne sein, der angeblich dem Ministerpräsidenten Millerand nahestehen soll.

Zur Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten

Berlin, 9. Nov. Der Antrag der spanischen Regierung über die Auslieferung der Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato ist nunmehr gestellt worden.

30 Milliarden

Leeren die Beamten die Staatskasse?

Immer, wenn die Beamten ihre wenig beneidenswerte Lage verbessern wollen, wird von bestimmter Seite der Glaube zu befestigen gesucht, daß nur die Beamten es sind, welche die Staatskasse leeren. So wird auch jetzt wieder das Schlagwort von den 30 Milliarden unter das Volk geworfen. Wie steht es mit dieser Zahl in Wirklichkeit?

Der Haushaltsplan des preußischen Staates für 1914 (Preuß Ges. S. S. 85) weist an Statsverwaltungsausgaben 9,888 Milliarden nach. In dieser Summe sind nicht nur die Gehälter und Wohnungsgeldzuschüsse aller preußischen Verwaltungsbeamten — vom Minister bis zum Boten — sondern noch viele andere Ausgaben enthalten. So für Pensionen und Unterstützungen (Kap. 62 und 76) 82 Millionen; für die Unterhaltung der Wasserstraßen, Häfen, Staatsgebäude (Kap. 65) rund 30 Millionen; für das Unterrichtswesen (Kap. 69, 103, 118 bis 123) 204 Millionen; zur Förderung der Vieh- und Pferdezucht und für Meliorationen usw. (Kp. 105, 106 und 108) 34 Millionen; für die Gefängnisse und Strafanstalten (Kap. 75 und 96) 24 Millionen; für Wohltätigkeitszwecke (Kap. 97) 25 Millionen. So könnten noch viele Posten aufgezählt werden, die mit Gehältern wenig oder nichts zu tun haben. Es bleibt demnach nicht die Hälfte obiger Summe für Gehälter.

Nimmt man an, daß — hoch veranschlagt — von den Betriebskosten der Eisenbahnen, Bergwerke, Salinen, Domänen und Forsten (Kap. 1—10, 13, und 14, 18—32) mit zusammen 2,157 Milliarden ein Viertel auf Gehälter entfällt und die andern Staatsverwaltungen 0,5 Milliarden verbrauchten, so ergibt sich für Preußen eine Summe von 1,04 Milliarden. Da Preußen etwa zwei Drittel des Deutschen Reiches ausmachte, so kommt nach demselben Verhältnis für das Reich eine Ausgabe von 1,56 Milliarden. Nimmt man ferner an, daß das heutige Einkommen auf das fünffache des Einkommens von 1914 gesteigert ist (bei den höheren Gruven ist's erheblich weniger) und die Beamtenzahl trotz der großen Gebietsverluste dieselbe geblieben ist, so beträgt die Ausgabe zurzeit 7,8 Milliarden. Nach der in Aussicht gestellten Verbesserung wird das heutige Einkommen durchschnittlich um höchstens ein Drittel erhöht. Das ergibt 2,6 Milliarden Mehrausgabe. Wo bleiben da die in die Welt hinausposaunten 30 Milliarden! Zahlen beweisen!

Untersucht man noch, wie die Verbesserung in Wirklichkeit aussieht, so ergibt sich das folgende wenig entzückende Bild: Ein Beamter der Gruppe 6, der 1914 ein reines Einkommen von 3000 Mark hatte, wird nach der Baumann'schen Tabelle 25560 Mark erhalten, wenn er inzwischen die höchste Gehaltsstufe erreicht hat. Wie würde dieser Beamte schwelgen, wenn er für 25560 Mark dieselben Waren kaufen könnte, die 1914 für 3000 Mark zu erwerben waren.

In Rheine konnte man kaufen

	1914 für 3000 ℳ	Herbst 1921 für 25560 ℳ
Brot von der Güte des Kriegsbrotes	25000 Pfd.	12780 Pfd.
Kartoffeln	1000 Ztr	426 Ztr.
Eier	50000 Stück	8520 Stück
Milch	20000 Liter	7100 Liter
Butter	2400 Pfd.	852 Pfd.
Margarine	6000 Pfd.	1278 Pfd.
Schuhe	250 Paar	100 Paar
Anzüge	50 Stück	20 Stück
Kohlen	50 Stück	1022 Ztr.
Petroleum	15000 Liter	4260 Liter

Eine fünfköpfige Familie gebraucht im Jahre für Brot 3650 Mark, für Kartoffeln 1200 Mark, für Milch (1 Liter täglich) 1314 Mark, für Fett oder Margarine (½ Pfund täglich) 2650 Mark, für Kohlen 1500 Mark, für Schuhwerk 1000 Mark, für Kleidung 7000 Mark, für Licht 600 Mark, für Wasser 200 Mark, zusammen 19114 Mark. Ich fürchte, die Aerzte werden erklären, der Mensch müsse zu Grunde gehen, wenn er sich mit 1 Pfund Rheiner Markenbrot, 1 Pfund Kartoffeln, 100 Gramm Butter und ein Fünftel Liter Milch täglich ernähren wolle. Es müssen also noch andere Sachen wie Fleisch, Mehl, Gemüse, Butter, Kaffee, Zucker, Tee usw. hinzukommen, wenn er Mensch bleiben will. Der Beamte hat aber noch viele andere Ausgaben zu bestreiten. U. A. für die Wohnung, für Krankheitsfälle, Gemeinde- und Kirchensteuern, die zwar freiwilligen aber unvermeidlichen Ausgaben für wohltätige und gemeinnützige Zwecke, Zeitungen, Porto usw. Es leuchtet ein, daß der Durchschnittsbeamte selbst nach erfolgter Gehaltsaufbesserung noch einen harten Kampf ums Dasein zu kämpfen haben wird.

Rechnungsrat **van Dicken-Rheine.**

Preisverzeichnisse und Preisschilder

Vom Oberpräsidium zu Münster wird uns geschrieben:

Letzthin wurde in der Presse ein Aufsatz von Dr. jur. Roeder-Berlin unter dem Titel „Die Rechtsgültigkeit der Preisschilderverordnungen" veröffentlicht. In diesem wurde ein Urteil des Kammergerichts vom 20. Mai 1921 angezogen, das eine Polizeiverordnung, die Preisschilder vorschrieb, für ungültig erklärte. Da dieser Artikel geeignet ist, in Handelskreisen Unklarheiten hervorzurufen, die unangenehme Weiterungen für die Beteiligten zur Folge haben können, so erscheint nachstehende Aufklärung angebracht:

Zunächst muß unterschieden werden zwischen „Preisverzeichnissen" und „Preisschildern". „Preisverzeichnisse" sind eine Zusammenstellung von einer Reihe von verschiedenen Waren mit den zugehörigen Preisen, während „Preisschilder" eine Preisbezeichnung an den einzelnen im Schaufenster oder sonst zur Besichtigung ausliegenden Waren bedeuten. Die Befugnis der Preisprüfungsstellen, den Aushang von Preisverzeichnissen anzuordnen, ergibt sich aus § 5 der Verordnung vom 25. Sept. 1915 (R.-G.-Bl. S. 607), der besagt:

„Die Preisprüfungsstellen können bestimmen, daß, wer bestimmte Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs im Kleinhandel feilhält, verpflichtet ist, ein Verzeichnis in seinem Verkaufsraum oder an seinem Betriebsstand anzubringen, aus dem der genaue Verkaufswert der Waren im einzelnen ersichtlich ist."

Die Rechtsbeständigkeit dieser Vorschrift und damit die Befugnis der Preisprüfungsstellen zur Anordnung des Aushangs von Preisverzeichnissen steht außer allem Zweifel und wird auch in dem anfangs erwähnten Aufsatz von Dr. Roeder nicht berührt.

Bestritten dagegen wird in diesem Aufsatz die Rechtsgültigkeit von Preisschilderverordnungen. Hier muß zunächst gesagt werden, daß solche allerdings durch die Polizeibehörden nicht vorgeschrieben werden können. Darauf bezieht sich die Entscheidung des Kammergerichts. Die Befugnis stand vielmehr stets nur den Vorständen der Gemeinden und Kommunalverbände mit Zustimmung der Landeszentralbehörden oder der von letzteren bestimmten Behörden zu, und zwar auf Grund des § 12 Ziffer 1 der Bekanntmachung vom 25. September 1915, der besagt:

„Zur Durchführung der Versorgung der Bevölkerung mit bestimmten Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs zu angemessenen Preisen können die Gemeinden mit Zustimmung der Landeszentralbehörden oder der von ihnen bestimmten Behörden

1. für die Handels- und Gewerbetreibenden ihres Bezirkes Vorschriften hinsichtlich des Betriebes, insbesondere des Absatzes, der Preise und der Buchführung erlassen . . ."

Nachdem dieser Paragraph durch die Verordnung vom 16. April 1921 (R.-G.-Bl. S. 489) für Lebens- und Futtermittel grundsätzlich aufgehoben worden ist, besteht insoweit die Möglichkeit, Preisschilderverordnungen für Lebens- und Futtermittel zu erlassen, im allgemeinen auch für Gemeindevorstände usw. nicht mehr. Indessen hat der preußische Staatskommissar für Volksernährung auf Grund des Artikels 1 Absatz 3 der Verordnung vom 16. April 1921 mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft unter dem 22. Mai 1921 bestimmt, daß die Preisschilderverordnungen für Lebens- und Futtermittel bis auf weiteres in denjenigen Kommunalverbänden in Kraft bleiben, die dahingehende Anträge bis zum 1. Juni 1921 gestellt haben.

Auf Grund dieser Ausnahmebestimmung haben folgende Kommunalverbände in Westfalen rechtzeitig derartige Anträge gestellt: Altena, Bielefeld-Stadt, Bochum-Stadt, Bottrop, Dortmund-Stadt, Gelsenkirchen-Stadt und Land, Halle, Hagen-Stadt, Lübbecke, Lüdenscheid-Stadt, Münster-Stadt, Recklinghausen-Stadt und -Land und Siegen.

Ersparnisse in der Gemeindeverwaltung durch Dezentralisation

Weder an den Gehältern der Beamten noch durch Vermeidung der Beamtenstellen lassen sich nennenswerte Beträge sparen, jedoch verspricht die Dezentralisation der Verwaltung, wie sie vor einiger Zeit schon ein Beschluß des Reichskabinetts forderte, auch für die Gemeinden fruchtbar zu werden. Unter Dezentralisation versteht man einmal die Uebertragung von Aufgaben, die bisher einer übergeordneten Behörde oblagen, auf eine untergeordnete, weiter die Entlastung höherer Beamter durch mittlere und niedere.

In der Gemeindeverwaltung ist diese Umstellung schon auf Grund der bestehenden Gesetze möglich, nötigenfalls müssen Gesetze noch entsprechend geändert werden. Wieviel Zeit, schreibt Stadtrat Dr. Frankenstein in der „Staats- und Selbstverwaltung" sehr richtig, wird nicht durch die immer länger werdenden Sitzungen des Magistrats und der Stadtverordnetensitzung in Anspruch genommen, wieviel kleine, kein allgemeines Interesse beanspruchenden Sachen werden darin verhandelt, und wie gering ist vielfach die Aufmerksamkeit! Zwar machen die Stadtverwaltungen im allgemeinen von der ihnen durch Par. 59 der Städteverordnung eingeräumten Befugnis Gebrauch, wonach zur Verwaltung oder Beaufsichtigung eines Geschäftszweiges sowie zur Erledigung vorübergehender Aufträge besondere Deputationen entweder nur aus Magistratsmitgliedern oder aus solchen und Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung oder aus diesen und stimmfähigen Bürgern gewählt werden können. Aber selbst diese Deputationen arbeiten vielfach noch zu schwerfällig, weil sie aus verhältnismäßig immer noch zu vielen Mitgliedern bestehen und daher die Beratungen sich vielfach in die Länge ziehen, die mit der Wichtigkeit der Sache nicht im Einklang steht. Die Anzahl der Mitglieder dieser Deputation allzusehr zu beschränken, ist nicht angängig, weil Gemeindebehörde und Bürgerschaft einen Anspruch darauf haben, in diesen Deputationen möglichst die Vertreter der verschiedenen Richtungen zu Wort kommen zu lassen. Wohl aber könnte durch Bildung von Unterkommissionen erheblich an Zeit gespart werden. Diese Unterkommissionen werden minder wichtige Sachen selbst erledigen können, wichtige aber und insbesondere solche, bei denen die Entscheidung zweifelhaft sein kann oder grundsätzlicher Natur ist, vorberaten und die Entscheidung der Deputation vorbereiten und damit wesentlich zur Abkürzung der Beratung in dem größten Kollegium beitragen. Zum Schaden der Allgemeinheit liegen oft wertvolle Kräfte brach oder sind mit Arbeiten beschäftigt, die billigere Kräfte leisten könnten. Dabei leidet natürlich die Freude an der Arbeit. Jedem soll die Selbständigkeit gewährt und die Verantwortung übertragen werden, die seiner Vorbildung und praktischen Bewährung entspricht.

Provinznachrichten.

)(**Münster,** 8. Nov. **Ein Unfall** ereignete sich auf dem Bahnhof in der Nähe des Maschinenschupens. Ein an einer Lokomotive arbeitender Schlosser wurde von einer rangierenden Maschine angefahren, wobei er glücklicherweise nur eine Kopfwunde davontrug. Der Vorfall wäre schlimmer abgelaufen, wenn der beherzte Lokomotivführer den Gefährdeten nicht beiseite gerissen hätte.

)(**Münster,** 8. Nov. **Einen Fluchtversuch** unternahmen am Samstag zwei Gefangene, die zum Gefängnis transportiert werden sollten. Die beiden angeschlossenen Ausreißer nahmen ihren Weg über die Neustraße, Bispinghof und sprangen hier in das Aabecken. Hier gelang es einem Reichswehrunteroffizier, der mit dem Fahrrade die Verfolgung aufgenommen hatte, sie zu stellen, als sie im Begriff waren, eine Mauer zu erklettern.

)(**Münster,** 8. Nov. **Frhr. Max v. Spiessen †.** Am Samstag abend ist nach langem Leiden der vielen Münsteranern bekannte Schriftsteller Max v. Spiessen im 70. Lebensjahre gestorben. Er hatte ursprünglich die militärische Laufbahn eingeschlagen und war Rittmeister bei den Metzer Kürassieren, als er den Dienst quittierte und sich der Schriftstellerei widmete. Bekannt u. anerkannt ist sein Werk über Wappenkunde, ebenso hat für die Heimatkultur besonders Interesse sein dreibändiges Werk „Tante Klöres Raritäten."

)(**Hörde,** 8. Nov. **Gewerbsmäßige Taschendiebin.** Auf den hiesigen Wochenmärkten wurden seit längerer Zeit ständig im Gedränge Geldbörsen aus den Kleidertaschen oder Körben der Marktbesucherinnen entwendet, ohne daß es bisher gelang, den Spitzbuben zu ermitteln, dem Beträge bis 300 Mark in einzelnen Fällen in die Hände fielen. Gestern ist es der hiesigen Kriminalpolizei endlich gelungen, in der Person der ledigen Gertrud Fleischer von hier die Diebin zu ermitteln und festzunehmen. Die Verhaftete hat eingestanden, diese Diebstähle seit dem Frühjahr auszuführen. Die einzelnen Diebstähle kann sie wegen der großen Zahl nicht angeben. Es kommen aber mindestens 40 Diebstähle in Frage. Die Taschendiebin hat ihr unsauberes Handwerk früher in Berlin ausgeübt.

)(**Essen,** 8. Nov. **Der Tod am Fahrkartenschalter.** Der 40 Jahre alte Kaufmann Joseph Eichhoff aus Königssteele, der mit der Bahn nach Kupferdreh fahren wollte, wurde am Fahrkartenschalter in dem Augenblick, als er eine Fahrarte lösen wollte, vom Schlage gerührt. Er war sofort tot.

Turnen und Sport

Fußball-Länderkampf Ungarn-Schweden 4:2. Vor einer riesigen Zuschauermenge standen sich am Sonntag in Budapest die Nationalmannschaften von Ungarn und Schweden im Fußball-Länderkampf gegenüber. Wie uns ein Drahtbericht meldet, setzten die Schweden ihren Gegnern in der ersten Halbzeit ziemlich Widerstand entgegen, jedoch vermochte Ungarn mit 1:0 in die Pause zu gehen. Nach dem Seitenwechsel waren die Schweden zweimal erfolgreich, während die Ungarn noch dreimal einsenden konnten und mit 4:2 einen sicheren Sieg davontrugen.

5

Liebe erweckt Liebe.

Originalroman von **H. Courths-Mahler.**

Nachdruck verboten.

Forst biß die Zähne zusammen und sah ihnen mit verzerrtem Gesicht nach.

Aber als er allein war, lachte er bitter auf.

„Meine Braut — meine Braut" sagte er hohnvoll vor sich hin. Dann ging er in furchtbarer Stimmung in den Saal zurück. Ellen kam ihm entgegen.

„Ich suche dich überall, Harry. Mein Gott — du siehst so bleich aus — was ist dir?"

Er strich sich wie besinnend über die Stirn.

Furchtbares Kopfweh, Ellen — entschuldige mich nur einige Minuten — ich möchte nur einmal an die frische Luft."

Sie drückte seinen Arm.

„Mein armer, armer Schatz. Warte, ich gebe dir eine von den Aspirintabletten, die ich immer bei mir habe. Die nimmst du — gleich wird das böse Kopfweh verschwunden sein."

Er ergab sich dem Schicksal und nahm eine Tablette.

Ritter hatte seine junge Frau bis zur Treppe geführt. Dort löste Fee ihre Hand aus seinen Arm.

„Ich danke dir für dein Geleit — nun finde ich mich selbst zurecht."

Er küßte ihre Hand und trat zurück.

„In einer Stunde werde ich dich hier erwarten."

„Ich werde pünktlich sein," antwortete sie leise und stieg die Treppe empor."

Er sah ihr nach, bis sie verschwunden war, als wolle er sich das Bild des bräutlichen Weibes einprägen.

Er sah ihr nach, bis sie verschwunden war, als wolle er

*

Auf dem Bahnhof aina Frau Anna Ritter, Hans Ritters Mutter, wartend vor dem Zuge auf und ab, der ihren Sohn und dessen junge Frau entführen sollte.

Sie trug wieder das schwarze Seidenkleid, den langen, schwarzen Tuchmantel und den kleinen, schwarzen Hut und sah sehr unscheinbar und unauffällig aus. Vor eine Coupeetür erster Klasse stand Hans Ritters Diener, der das Gepäck aufgegeben hatte und vor dem reservierten Abteil auf weitere Befehle seines Herrn harrte.

„Ich wollte Euch gern meinen Segen mit auf den Weg geben, meine Kinder. Nun reist mit Gott und kehrt glücklich und gesund wieder heim." sagte sie innig.

Fee ließ den Arm ihres Gatten los und umarmte die alte Frau herzlich und innig.

„Ich habe dich schmerzlich vermißt, liebe, gute Mutter, auf unserem Feste."

Die alte Frau sah mit einem unsicher bittenden Blick in das Gesicht ihres Sohnes, der die Stirn in schmerzliche Falten gezogen hatte. Die Falten glätteten sich aber sofort wieder unter dem bittenden Blick der Mutter. Fee bemerkte dieses Mienenspiel von Mutter und Sohn, ohne es sich erklären zu können.

„Hast du ein wenig an mich gedacht, mein Töchterchen? Das ist hübsch von dir," sagte Frau Ritter lächelnd und streichelte Fees Hand. „Nun, ich habe euer Ehrenfest auch gefeiert, ganz still für mich, ich war in Gedanken nur bei Euch. Aber nun müßt Ihr wohl einsteigen, sonst fährt der Zug ohne Euch ab."

Hans Ritter hatte seiner Mutter die Hand gedrückt und war dann schnell an seinen Diener herangetreten.

„Ich habe den Wagen draußen warten lassen, sie sorgen dafür, daß meine Mutter nach Hause gefahren wird," sagte er halblaut zu diesem.

Fee hatte das nicht gehört. Sie verabschiedete sich soeben von seiner Mutter.

„Komm, Fee, es ist Zeit," mahnte Hans und half ihr einsteigen. Dann umfaßte er schnell seine Mutter, sah ihr herzlich in die Augen und küßte sie.

„Leb wohl, Mutter — auf Wiedersehen!"

„Leb wohl, mein Sohn — glückliche Reise Euch beiden."

Fee nickte ihr zu. Ihr Gesicht war sehr blaß.

Hans sprang in den Wagen. Die alte Frau sah mit ihren guten, treuen Augen noch einmal in die beiden jungen Gesichter empor und bewegte die Lippen wie im Gebet.

Dann setzte sich der Zug in Bewegung.

Fee sah zum Fenster hinaus, grüßte zurück und winkte mit ihrem Taschentuche, solange sie ihre Schwiegermutter sah. Sie auch den Diener noch in respektabler Entfernung stehen, sah aber nicht mehr, daß dieser dann an die alte Frau herantrat, um ihr zu melden, daß er Auftrag habe, sie zum Wagen zu geleiten.

Als Fee ihre Schwiegermutter nicht mehr sehen konnte, sank sie in die Polster zurück.

Hans trat neben sie und schloß das Fenster.

„Es ist zu kalt," sagte er ruhig.

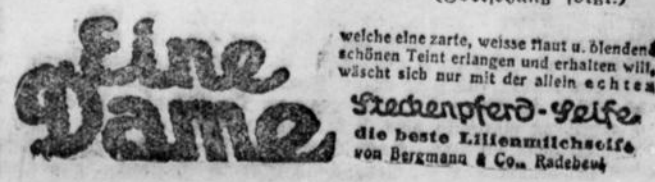
Sie antwortete nicht. Plötzlich überfiel sie eine unsinnige Angst, daß sie nun ganz allein mit ihm war. Sie drückte sich fest in ihre Ecke und zitterte am ganzen Körper.

Er sah auf sie herab.

Sie schüttelte nur stumm das Haupt und blieb mit gesenkten Augen sitzen.

„Wir haben aber eine lange Fahrt vor uns, lege doch wenigstens Hut und Mantel ab," bat er, so ruhig er konnte.

(Fortsetzung folgt.)



Aus Stadt und Amt Rheine

Mittwoch, den 9. November 1921.

Gemeinderatssitzungen im Amte Rheine

Sitzung der Gemeindevertretung von Elte

Gestern nachmittag um 2,15 Uhr trat die Gemeindevertretung von Elte unter dem Vorsitz des Amtmanns Dr. Schulte-Westhoff zu einer Sitzung in der Wirtschaft Eßmann zusammen. Anwesend sind außer dem Gemeindevorsteher 9 Gemeindeverordnete. Vor Eintritt in die Tagesordnung führte Gemeindeverordneter Wichmann aus, daß die bereits anfangs der vorigen Woche angesetzte Gemeinderatssitzung von dem Gemeindevorsteher Overesch abgesagt worden sei, ohne die Gemeindevertretung dazu zu hören. Redner führte Beschwerde gegen das eigenmächtige Handeln des Gemeindevorstehers.

Alsdann trat die Versammlung in die Tagesordnung ein. Der erste Punkt **„Legung der Jahresrechnung 1919-20 und Entlastungserteilung"** wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da die Belege und Unterlagen nicht zur Stelle waren. Beim zweiten Punkt **„Versorgung der der Gemeinde gehörigen Gebäulichkeiten mit elektrischer Energie"** entspann sich eine längere Debatte. G.-Vorsteher Overesch führte aus, die Gemeinde habe schon so große Lasten zu tragen; die Lichtanlage in den Gemeindegebäulichkeiten verursacht wiederum große Kosten. Und außerdem hätten durch die Versorgung mit elektrischem Licht nur einzelne Gemeindeeingesessene, und nicht die Allgemeinheit, einen Nutzen. Nach längerem Für und Wider erklärte sich die Gemeindevertretung im Prinzip damit einverstanden, daß die Pastorat, das Schulhaus und die Dienstwohnungen für die Lehrpersonen mit elektrischer Lichtanlage versehen werden sollen. Da der vorliegende Kostenanschlag sehr ungenau und unvollständig ist, soll auf Beschluß der Gemeindevertretung ein neuer, ausführlicher Kostenanschlag angefordert werden.

Alsdann wurde zur Wahl des Armenkassenrendanten geschritten; der bisherige Rendant wird von der Versammlung wiedergewählt.

Dem Kreisobstbauverein werden auf Antrag 25 Mark bewilligt.

Außerhalb der Tagesordnung werden die Wegeverhältnisse besprochen. Der Weg bei dem Anwesen des Landwirts Upmeyer ist durch Errichtung eines neuen Zauns schmäler geworden. Der Besitzer des Grundstücks beiderseits des Weges soll aufgefordert werden, anl der anderen Seite des Weges ein entsprechendes Stück des Grundstücks für die Erbreiterung des Weges abzutreten.

Hierauf wurde die Sitzung von dem Vorsitzenden geschlossen.

*

Sitzung der Gemeindevertretung von Mesum

Im Anschluß an die Sitzung in Elte fand um 5,45 Uhr in der Wirtschaft Rickermann eine Sitzung der Gemeindevertretung von Mesum statt. Den Vorsitz führte Amtmann Dr. Schulte-Westhoff. Anwesend sind 9 Verordnete, sowie Gemeindevorsteher Schürmann. Die Tagesordnung wird wie folgt erledigt:

Die Jahresrechnung für 1919-20 ist von einer Kommission geprüft und für richtig befunden worden. Sie schließt ab in Einnahme mit 203 464,91 Mark und in Ausgabe mit 160 735,95 Mark, sodaß ein Bestand von 42 728 96 Mark verbleibt. Der Kassenbestand im Vorjahre betrug 10 443 Mark. Gegen die Jahresrechnung erhob sich kein Widerspruch; den beiden Rendanten wurde Entlastung erteilt.

Der zweite Punkt „Wahl einer Wohnungskommission" löste eine längere Debatte aus. Der Vorsitzende führte aus, daß der Wohnungsmangel sich auch in Mesum bemerkbar mache. Beim Mietseinigungsamt würden viele Eingaben gemacht; es sei deshalb wichtig, daß eine Kommission gewählt würde, die energisch und rücksichtslos vorgehe und untersuche, wo noch Wohnungen frei seien. Diese Kommission solle das Mietseinigungsamt entlasten und diesem zur Linderung des Wohnungselends an die Hand gehen; sie setze sich zusammen aus Vermietern und Mietern, die gewisse Richtlinien aufzustellen hätten; denn direkte gesetzliche Bestimmungen seien nicht vorhanden. Gemeindeverordneter Vennemann bringt einige Beschwerden über Vermieter vor. Gemeindeverordneter Gröning betont, daß man mit einer Wohnungskommission nichts erreichen werde. Redner glaubt nicht, daß überhaupt eine Kommission zustande kommt. Von 20 gewählten Mitgliedern würden 19 ablehnen. Am besten sei es, wenn die Gemeinde noch eine weitere Anleihe aufnehmen würde, um selbst zu bauen. In diesem Sinne sprachen sich auch die übrigen Gemeindevertreter aus. Der Vorsitzende teilte mit, daß er in den nächsten Tagen einen Plan in Antriff nehmen werde, um Staats- und Reichsbeihilfen zu Neubauten für die Gemeinde zu erhalten. Ein Beschluß über die Wahl einer Wohnungskommission kam nicht zustande.

Es liegt ein Antrag der Borromäus-Bibliothek vor, um Gewährung einer Beihilfe von 600 Mark zur Neuanschaffung von Büchern. Der Regierungspräsident hat sich bereit erklärt, 200 Mark zu gewähren, wenn auch der Kreis oder die Gemeinde 200 Mark bewilligen. Die Gemeindevertretung bewilligte ebenfalls 200 Mark und beschließt, den Kreis zu bitten, auch eine Summe von 200 Mark für die Bibliothek bereitzustellen.

Der Schwesternhaus-Verein zu Mesum hat zwei Anträge eingebracht um Gewährung einer Beihülfe für das Schwesternhaus und um Gewährung einer Beihülfe wegen Benutzung des Veltmann'schen Hauses. Versammlung bewilligt außer der jährlichen feststehenden Beihülfe von 500 Mark eine weitere Beihülfe von 1000 Mark für das Schwesternhaus und 100 Mark als Beihülfe für Kohlen.

Dem Kreisobstbauverein wird auf Antrag eine Beihilfe von 50 Mark bewilligt.

Außerhalb der Tagesordnung werden für den Ziegenzuchtverein zu Mesum 600 Mark bewilligt.

Strompreiserhöhung in Mesum

Auf Vorschlag des Gemeindevorstehers Schürmann beschließt die Gemeindevertretung, die Strompreise zu erhöhen, und zwar für Licht auf 3,50 Mark, für Kraft (Kleinabnehmer) auf 2,30 Mark, für Kraft (Großabnehmer) auf 1,90 Mark. Hierauf wird die Sitzung geschlossen. Die Baugesuche der Witwe Stienemann und der Lehrerin Broeker werden auf Beschluß der Gemeindevertretung in die geheime Sitzung verwiesen.

= **Konferenz der Leiter von Wohnungsämtern.** Die Dezernenten und Leiter der rheinisch-westfälischen Wohnungsämter versammelten sich am Donnerstag im Dortmunder Stadtverordnetensitzungssaale zur Besprechung über die zurzeit schwebenden wichtigsten Wohnungsfragen. Auch der Präsident des Siedlungsverbandes des Ruhrkohlenbezirks in Essen wohnte diesen Verhandlungen bei. Beigeordneter Dr. Küppers-Essen, Wohnungsdirektor Dr. Strehlow-Dortmund und Magistratsassessor Dr. Schantz-Dortmund äußerten sich zu der Frage, welche Maßnahmen zur Verhinderung des Verfalls alter Häuser zu ergreifen seien. Versammlung war der Ansicht daß die Instandhaltung zunächst Sache der Hausbesitzer sei, die ja gegebenenfalls von dem § 10 der Höchstmietenverordnung Gebrauch machen könnten. Behördlicherseits soll den Hausbesitzern nur in ganz besonderen Ausnahmefällen geholfen werden. Dann stand die Wohnungsluxussteuer zur Debatte. Man war sich darüber einig, daß diese Steuer von weiten Kreisen der Bevölkerung gewünscht werde, daß der finanzielle Erfolg aber hinter den Erwartungen zurückbleiben werde. Ueber die Erhebung von Gebühren bei den Wohnungsämtern konnte die Versammlung sich einig werden. Beigeordneter Weitz-Duisburg sprach sich für solche Gebühren aus, während Magistratsassessor Dr. Schantz dagegen war, da den sehr geringen Einnahmen erhebliche Mehrausgaben gegenüber stehen würden. Es wurden schließlich aus der Versammlung sechs Herren gewählt, die dieser Frage einer eingehenden Prüfung unterziehen sollen. Zu einer weiteren lebhaften Aussprache gab ein Erlaß des Volkswohlfahrtsministeriums vom 23. Juli 192[illegible] über die Unterbringung versetzter Beamter und Militärpersonen Anlaß. Die Versammlung beschloß, einen Antrag durch die Hand des Verbandspräsidenten in Essen an das Volkswohlfahrtsministerium zu richten, der sich für die Abänderung bezw. Beseitigung dieses Erlasses ausspricht. Weiter wurde vorgeschlagen, die Geschäftsräume und Läden unter schärfere Kontrolle zu stellen um zu verhindern, daß von auswärts Zuziehende und namentlich auswärtige Firmen derartige Räume zu Wucherpreisen mieten und dadurch den ortsansässigen Geschäftsleuten Schaden zufügen.

* **Aus der Zentrumspartei.** Die für Sonntag, den 13. Nov. angesetzte Sitzung der Kreisvertretung der Zentrumspartei muß aus dringenden Gründen aufgeschoben werden. Sie findet voraussichtlich Anfang Dezember statt.

)) **Engerer Zusammenschluß der kathol. Vereine von Rheine.** Am Donnerstag, den 10. November, findet abends 8 Uhr im kathol. Gesellenhause eine wichtige Besprechung statt, zwecks engeren Zusammenschlusses der kathol. Vereine. Zu dieser Versammlung, die von größter Wichtigkeit ist, sind die Vorstände sämtlicher kathol. Vereine beider Pfarreien von Rheine dringend eingeladen. Die Herren Präsides oder Vorsitzenden der einzelnen kathol. Vereine werden dringend gebeten, die Vorstände ihrer Vereine noch besonders auf die Wichtigkeit dieser Sitzung hinzuweisen, damit alle zur Stelle sind.

§ **Bestandene Referendarprüfung.** Vor der Prüfungskommission bei dem Oberlandesgericht in Hamm hat am 7. Nov. der Rechtskandidat Heinz Wolf aus Rheine die erste juristische (Referendar)- Prüfung bestanden.

= **Ein Handwerkertag in Münster.** Der Westf.-Lippische Handwerkerbund e. V., dem auch die Innung vereinigter Handwerker Rheine angehört, lädt die angeschlossenen Verbände und Innungen zu einem Handwerkertag auf Montag, den 21. November, vormittags 11 Uhr nach Münster, Gesellenhaus, ein. Anschließend an die Vormittagssitzung findet nachmittags 3,30 Uhr eine öffentliche Handwerkerversammlung statt, in der Generalsekretär Hermann-Berlin über „Die Neuordnung der Wirtschaft und das Handwerk" sprechen wird.

* **Die Innung vereinigter Handwerker** für Stadt und Amt Rheine hält am morgigen Donnerstag im Saale des Gesellenhauses eine ordentliche Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. „Einführung des Syndikus Dr. Roller", sowie ein Vortrag des Herrn Dr. Roller über „Zahlungswesen". (S. Anzeige.)

** **Der nächste Theaterabend in Rheine** am Freitagabend bringt, wie schon kurz mitgeteilt, das Lustspiel „Die von Hochsattel" von Walter Stein und Leo Heller. Die überwältigende Komik dieses Lustspiels beruht auf dem Milieu-Unterschied zweier Generationen, die der Zufall unter dasselbe Dach gewirbelt hat. In der Beletage eines Hauses sitzt der schwerreiche, neugeadelte Kommerzienrat v. Rosenstock; im vierten Stock desselben Hauses hat der Freiherr von Hochsattel, der Sprößling eines alten Geschlechts, sein Domizil aufgeschlagen. Ursprünglich war es umgekehrt. Der letztere kam herunter, indem er langsam vom ersten zum vierten Stockwerk hinaufkletterte, der erstere stieg auf und trat denselben Weg in umgekehrter Richtung an. Her v. Hochsattel nörgelte mit dem Leben im allgemeinen und mit seinem Los im besonderen und erklärt Herrn Rosenstock für den Urheber all seines Unheils. Dieser anderseits läßt Ulrich, den sangesbegabten Sprößling Hochsattels, für die Bühne ausbilden und verhilft ihm so, sehr zum Mißvergnügen des Herrn Papa, zum schönsten Bühnenruhm. Die komischen Konflikte, die sich aus diesen Geschehnissen ergeben, und die Art, in der der Baron sich zum Schluß mit den geschaffenen Tatsachen doch noch abfindet, füllen das Lustspiel mit einer Atmosphäre, die auch dem vergrämtesten Theatergast ein herzhaftes Lachen abnötigt.

* **Ziegenzuchtverein für Stadt und Amt Rheine.** Die Mitglieder des Ziegenzuchtvereins werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß der Verein zwei Deckstationen, wovon die erste auf dem Wietesch und die andere hinter der Fabrik von Kümpers (Walshagen) liegt, hat. Die Mitglieder der Emsvorstadt sowie der Gemeinde Rheine rechts der Ems werden gebeten, mit ihren Ziegen die Deckstation hinter der Fabrik von Kümpers (Walshagen) und die Mitglieder der Altstadt sowie der Gemeinde Rheine links der Ems werden gebeten die Deckstation auf dem Wietesch zu benutzen, weil sonst die Tiere der einen oder anderen Station überangestrengt und die Mitglieder selbst die Nachteile haben werden. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß niemand eine Ziege bei einem sogenannten „wilden" Bock decken lassen darf, sondern daß der Deckakt nur auf den Stationen des Ziegenzuchtvereins stattfinden darf.

= **Einrichtung von Versorgungssprechtagen in Rheine.** Um auch nach erfolgter Auflösung der Versorgungsauskunftstellen den Versorgungsberechtigten und Hinterbliebenen Gelegenheit zur persönlichen Fühlungnahme mit Vertretern des weiter entfernt liegenden Versorgungsamts zu geben, werden künftig einmal im Monat, und zwar an jedem vierten Freitag des Monats im Rathause, Zimmer 15, vom Versorgungsamt Coesfeld sogenannte Versorgungssprechtage abgehalten werden. Der erste Sprechtag findet am 25. November statt. Die Sprechtage werden stets mit einem beamteten Arzt beschickt, sodaß Untersuchungen sofort an Ort und Stelle vorgenommen werden können und den Beschädigten umständliche Reisen somit erspart werden. Im Interesse der Auskunfts- oder Versorgungsbegehrenden liegt es, wenn diese dem Versorgungsamt ihr beabsichtigtes Erscheinen zu einem der Sprechtage so rechtzeitig mitteilen, daß sich das Mitbringen der einschlägigen Akten zu diesem Tage ermöglichen läßt. Die Beschädigten bezw. Hinterbliebenen werden daher gebeten, dem Versorgungsamt Coesfeld durch Postkarte ihr Erscheinen vorher anzumelden. Die Sprechstunden beginnen um 9 Uhr vormittags.

* **Invalidenversicherung.** Man schreibt uns: Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß am 1. Oktober ds. Js. neue und erhöhte Beiträge für die Invalidenversicherung eingeführt sind. Die alten Invalidenmarken werden nur noch einige Tage bei der Postanstalt abgegeben. Arbeitgebern, die mit der Markenverwendung noch im Rückstande sind, kann daher nur dringend geraten werden, die Quittungskarten sofort in Ordnung zu bringen, da die alten Marken später nicht mehr zu haben sind und alsdann hohe Bestrafungen erfolgen werden. Für die Zeit vom 1. Februar 1921 bis 1. Oktober 1921 sind nur Marken V Lohnklasse 2,80 Mark pro Woche zu verwenden. Für die Zeit nach dem 1. Oktober kommen nur neue Marken in Frage.

* **Heizung der Züge.** Die für den kommenden Winter angestrebte Heizung der Züge nach den Bestimmunoen der Vorkriegszeit wird sich infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten voraussichtlich nicht immer durchführen lassen. Den Reisenden wird daher empfohlen, sich mit warmer Kleidung und Reisedecken zu versehen.

* **Ausweis für Schwerkriegsbeschädigte zur bevorzugten Abfertigung in eigenen Angelegenheiten vor Amtsstellen.** Die Schwerkriegsbeschädigten mit 50 v. H. und mehr Erwerbsbeschränkung [illegible] ein längeres Stehen und Verweilen in geschlossenen Räumen bei starkem Gedränge ihrer Kriegsverletzung wegen unerträglich ist, sollen hinfort bei persönlicher Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten von den Amtsstellen bevorzugt mit ihren Wünschen gehört und abgefertigt werden. Erforderlich ist, daß die in Frage kommenden Beteiligten sich zuvor an die zuständige amtliche Fürsorgestelle wenden, welche erforderlichenfalls die ärztliche Untersuchung veranlaßt und, wenn die [illegible] führten Aus[illegible] laufende Kalenderjahr [illegible] und das Kalenderjahr [illegible] sodann alljährlich ein neuer Antrag [illegible] forderlich. Kosten entstehen den Schwerk[illegible] aus nicht.

* **Uebertragung der Umanerkennung auf die Versorgungsämter** Das Reichsarbeitsministerium hat, um die Durchführung der Umanerkennung nach Möglichkeit zu beschleunigen, vor kurzem angeordnet, daß die Umanerkennung für Beschädigte den Versorgungsämtern zu übertragen ist; durch diese Umstellung der Umanerkennung werden gleichzeitig bei den Hauptversorgungsämtern Kräfte zur rascheren Erledigung der endgültigen Umanerkennung der Hinterbliebenen gewonnen. Die Durchführung der Verordnung ist so geregelt, daß die Hauptversorgungsämter nach und nach die Versorgungsämter namhaft zu machen haben, die die selbstständige Bearbeitung der Rentenangelegenheiten übernehmen sollen. Die Uebertragung der selbstständigen Bearbeitung auf alle Versorgungsämter muß jedoch bis spätestens zum 1. Januar 1922 durchgeführt sein. Die den Hauptversorgungsämtern vorliegenden Akten sind bis zu diesem Zeitpunkt aufzuarbeiten. Es ist bestimmt zu erwarten, daß die Durchführung des Umanerkennungsverfahrens durch diese Maßnahme wesentlich beschleunigt werden wird.

))) **Steuerabzug ab 1. November.** Die bisherigen Bestimmungen betr. den Steuerabzug vom Arbeitslohn gelten auch weiterhin. Eine Aenderung ist nur bezüglich der Höhe der Abzugsfähigkeit der Werbungskosten gemäß § 13 des Einkommensteuergesetzes eingetreten. Vom 1. November ds. Js. ab ermäßigt sich nämlich der errechnete zehnprozentige Steuerbetrag um folgende Sätze: a) um 0,60 Mark täglich, im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen, b) um 3,60 Mark wöchentlich, im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen, c) um 15,00 Mark monatlich, im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten. Der Wert der freien Wohnung mit voller Beköstigung unterliegt neben dem Barlohn ebenfalls dem Lohnabzug.

Das Kotelett

Von

Heinrich Gottfried Gengler-Erlangen

Einen Anblick hatte ich neulich. Ich sage Ihnen, einen Anblick! Ein Hund, ein Wolfshund, ein Spitz, ein Wolfsspitzhund, ein Spitzwolfshund usw. schoß mit einem . . . mit einem tellergroßen Kotelett aus einem Metzgerladen heraus, hinter ihm eine kreischende, jammernde, haarsliegende Köchin.

Der Hund lief, die Köchin lief; aber die Köchin gab es bald auf.

Schon aber hatten andere Hunde den Braten gerochen. Andere Hunde, sechs, sieben, acht, hefteten sich an die Fersen des Kotelettbesitzers, eine ganze Meute, kläffend, beißend, geifernd.

Es waren kommunistische Hunde, sie wollten teilen! Ah — sie wollten teilen, denn kommunistische Hunde waren sie.

Davon wollte aber der mit dem Kotelett im Maul nichts wissen.

Es war ein Kapitalist.

Ein ganz gemeiner Kapitalistenhund.

Handelsnachrichten.

Fortsetzung der Devisenhausse

wtb. **Berlin**, 9. Nov. (Drahtbericht.) **Am Devisenmarkt macht die Aufwärtsbewegung der ausländischen Zahlungsmittel unaufhaltsame Fortschritte, wenngleich sich im gestrigen Vormittagsfreiverkehr das Tempo etwas verringert hat. Der Dollar, der ganz früh mit 300 einsetzte, wurde gegen 10.20 Uhr bereits mit 305 bis 310 genannt. Die Preisentwicklung der übrigen Devisen ist entsprechend.**

Kursbericht

Mitgeteilt von der

Osnabrücker Bank, Zweiganstalt Rheine.

Devisenkurse.

Berlin, den 8. November 1921.

	vor. Kurs	Kurs vom 8. Nov.	Höchste bish. Gr	Friedens stand
Amsterdam Rotterdam	10510.30	10810.50	6531.55	168.75
Antwerpen und Brüssel	2072,10	2177.20	—	—
Kopenhagen, . . .	5555.55	5556.55	1701.50	112.50
London	1131.15	1181.20	850.65	20.40
New-York	287.29	310.31	185.10	4.20
Paris	2220.20	2242.25	710.20	81.30
Schweizer Plätze .	5705.70	5750.75	7101.—	21

Rotationsdruck und Verlag von Joseph Altmeppen, Buchdruckerei und Zeitungsverlag. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Schriftleiter Heribert von Borsti, für den Anzeigen- und Reklameteil Joseph Altmeppen, sämtlich in Rheine.
Bei Eintritt höherer Gewalten, Papiermangel, Versagen der Lieferungsmittel, wird keine Gewähr für Lieferung geleistet auch nicht für Anzeigen bezüglich Platz und Tag der Aufnahme. Rückzahlung der Bezugsgelder wegen ungenügender Lieferung ausgeschlossen. Für Aufbewahrung und Zurücksendung unverlangter Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.



Elisabeth Hagemeyer
geb. Roberg

Vermählte

Davensberg, 9. Nov. 1921. Rheine.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 11. bis 15. November dieses Jahres gelangt in den Geschäften der Stadt Rheine, welche Warenkundenlisten führen

Auslands-Weizenmehl

zum Verkauf. Es wird beliefert die Warenmarke Nr. 15 mit 800 Gramm Weizenmehl zum Preise von 3,75 Mark pro Pfund.

Die Geschäfte haben das Mehl am 10. Novbr. ds. Js. bei dem Mehlhändler Heinrich Schmitz, Ibbenbürenerstraße 45 in Empfang zu nehmen.

Das Mehl muß bis spätestens zum 20. Novbr. ds. Jrs. bei Heinrich Schmitz bezahlt sein, andernfalls können diejenigen Geschäfte, welche diesen Termin nicht einhalten, das Mehl in Zukunft nur gegen sofortige Bezahlung erhalten.

Die leeren Säcke müssen bis zum 20. d. Mts. bei Schmitz abgegeben werden. Die gesammelten Warenmarnen sind am 18. November ds. Js. im Zimmer Nr. 5 des Rathauses, vormittags von 9—12 Uhr abzugeben.

Der noch vorrätige Bestand muß auf dem Umschlag angegeben sein.

Rheine, den 8. November 1921.

Der Bürgermeister.

Bekanntmachung!

Prinz Stephan, Arbeiter, zu Eschendorf Amtes Rheine i. W. wohnhaft, geboren am 29. Dez. 1902 zu Rheine i. W. niederländischer Staatsangehöriger ist durch Verfügung der Amtspolizeiverwaltung zu Rheine vom 1. November 1921 als lästiger Ausländer aus dem preußischen Staatsgebiete ausgewiesen worden.

Rheine, den 4. November 1921.

Die Amts-Polizei-Verwaltung.
Der Amtmann: Schulte-Westhoff.

Bekanntmachung.

Dem Kreiskommunalverband ist eine größere Menge Benzol zugeteilt worden. Diejenigen Landwirte des Amtes Rheine, die noch Benzol benötigen, haben sich bis Samstag, den 12. ds. Mts. an Amtsverwaltungsgebäude, Poststraße (Wohlfahrtsamt) zu melden.

Rheine, den 8. November 1921.

Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Der Bahnarbeiter Bernard Raußen zu Catenhorn hat die Genehmigung zur Ansiedlung auf dem außerhalb einer im Zusammenhange gebauten Ortschaft in der politischen Gemeinde Rheine links der Ems belegenen unbebauten Grundstücke Flur 16, Nr. 547/22/56 der Katastergemeinde Rheine links der Ems beantragt.

In Gemäßheit des § 16 des Gesetzes vom 10. August 1904 bringe ich diesen Antrag mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß gegen denselben von den Eigentümern, Nutzungs-, Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen bei dem Kreisausschuß zu Burgsteinfurt Einspruch erhoben werden kann, wenn der Einspruch sich auf Tatsachen begründen läßt, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Ansiedlung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- oder Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau der Jagd oder Fischerei gefährden werde.

Rheine, den 7. November 1921.

Der Gemeindevorsteher: Leugermann.

Durch Beschluß vom 21. Oktober 1921 ist der Landwirt Bernhard Janning in Mesum wegen Trunksucht entmündigt.

Rheine, den 3. November 1921.

Amtsgericht.

Hausverkauf.

Am Samstag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, werde ich im freiwilligen Auftrage das

Wohnhaus mit anliegendem Garten

des Herrn Michel Mainzer hier, Elterstraße Nr. 20 in meinem Geschäftszimmer öffentlich meistbietend zum Verkauf aussetzen.

Das Haus hat 2 Stockwerke mit 13 Räumen und befindet sich in tadellosem Zustande. Bei annehmbarem Gebot kann der Zuschlag sofort erteilt werden.

Rheine, 9. November 1921.

Joseph Vollmer, beeid. Aukt.

Selfaktor-Andreher
(Anmacher)

von auswärtiger Baumwollspinnerei per bald gesucht. — Angebote unter „F. S. 1014" an Ala-Haasenstein u. Vogler, Berlin W. 35.

Verpachtung

Donnerstag 10. Novbr. nachmittags 2 Uhr werde ich an der Brechtestraße (Schleupe) Dappers-Kotten

Grundstücke

öffentlich meistbietend verpachten.

Hermann Fuest,
beeid. Aukt. Rheine i. W.

Düngermergel

kann täglich abgefahren werden

Mergelw., Wilhelmina,
m. b. H., Riesenbeck.
Kanalhafen.

Fast neues

Damenrad

billig abzugeben

Buffe,
Elterstraße 40.

Habe gebrauchte

Dachziegel

(Hohlpfannen) abzugeben, sowie gebrauchte

Türen, Fenster

und eine **Treppe.**

H. Oppermann,
Baugeschäft.

Porzellanschrank

und sehr gut erhaltener

Küchenherd

zu verkaufen oder gegen gute Kartoffeln zu tauschen.

Klosterstraße 1.

---

1 Herren-Fahrrad, 1 bl. Kinderwagen, 1 Ofen,

billig abzugeben.

Peterstraße 60.

Flüchtling sucht gebrauchten

Herd

zu kaufen.

Offerten unter DD 22

Fast neuer

Herren-Ueberzieher

für mittlere Figur billig zu verkaufen. Näheres Geschäftsstelle.

Fast neuer, hochelegant.

Herrenpelz

(echt Nerz mit Otterkrag.) aus Privathand zu verkaufen. Auskunft unt. Nr. 1716 erteilt Annonc. Exped. F. Wittbold, Osnabrück.

Achtung! Achtung!

Für Brautleute

1 Sofa, 2 Sessel,
1 Vertikow,
1 Spiegel mit Konsole,
1 Spiegel mit Schrank,
1 Seviertisch,
alles im tadellosen Zustand sehr preiswert zu verkaufen.

Näh. in der Geschäftsstelle.

---

1 Zimmertür mit Bekleidung und 1 Fenster mit Glas

preiswert abzugeben

B. Kröse,
Ludgeristraße 46.

Mittwoch und Donnerstag bleibt mein Geschäft

geschlossen.

H. Overmann, Rheine i. Westf.,
Schuhwaren. Emsstraße.

Wieder-Eröffnung!
meiner

Kur-Badeanstalt

jetzt

Kirchstraße 4.

H. Schmidt.

Maurer

gesucht,
für dauernd. Arbeit

Baugeschäft
Overmeyer.

Maurer

für dauernde Beschäftigung gesucht.

H. Roß, Baugeschäft.

Junges Mädchen, 19 Jahre, in allen Zweigen des Haushaltes erfahren, sucht per sofort

Stellung

Näh. Geschäftsstelle.

Jüngerer Maler- und Anstreichergehilfe (21 Jahre) sucht

Stellung

(am liebsten f. dauernd) auch in Möbel- oder sonstiger Fabrik. Gefl. Ang. unt. ‚L. H.' erbeten an die Geschst.

Einfaches, solides Fräulein (Schneiderin) sucht möblt oder unmöbl.

Zimmer

möglichst mit Kochgelegenheit.

Angebote unter E. M. an die Geschäftsstelle.

Gut

möbl. Zimmer

mit guter Pension zu vermieten

Angebote unter E. P. an die Geschäftsstelle.

Junger, lediger Lehrer sucht unmöbliertes (oder möbliertes)

Zimmer

mit voller oder halber Verpflegung.

Angebote u. F. 2 an die Geschäftsstelle.

Restaurant Himmel
Conditorei u. Caffee

Am Mittwoch, den 9. November

KONZERT

4 Uhr anfangend

Th. Kemper.

Bahnhofs-Kaffee

Heute abend von 7 bis 11 Uhr

Künstler-Konzert

Vollständig neues Programm.



Geflügelzucht-Verein Rheine rechts der Ems.

4. Lokalgeflügelausstellung

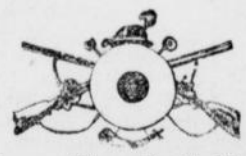
am Sonnabend den 12. u. Sonntag den 13. November in den Lokalitäten — des Herrn Laurenz-Eschendorf. —

Eröffnung

am Sonnabend um 2½ Uhr. Sonntag vormittags 9 Uhr. Nachm. große

Verlosung

von lebenden Gänsen, Hühnern und Tauben. Der Vorstand.



Schützen-Verein Gellendorf

Am Sonntag, den 13. Nov. ds. Js. feiert der Schützen-Verein Gellendorf in dem Saale des Herrn H. Cordesmeyer, (Schützenhof), sein

Winter-Fest

— Anfang des **Balles** 4 Uhr. —

Für gute Bandonium-Musik ist gesorgt. — Freunde und Gönner des Vereins ladet ein Der Vorstand.

Westf. Ungeziefer-Vertilgungsanstalt
Münster i. W., Inh. Anton Steffens,
— Fernruf 2561. —

Komme am Mittwoch, den 16. Nov. und folgende Tage nach Rheine und Umgegend zur Beseitigung von

Ratten, Mäusen, sowie sämtlichen Ungeziefer

Erfolg garantiert. Bestellungen erbeten an Steffens, Rheine i. Westfalen, Katthagen.

Innung vereinigter Handwerker
für Stadt und Amt Rheine.

Am Donnerstag, den 10. Novemb. abends 8½ Uhr findet im Saale des Gesellenhauses eine ordentliche

Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Einführung des Syndikus Dr. Roller.
2. Vortrag des Herrn Dr. Roller über: Zahlungswesen.
3. Zusammenschluß des Mittelstandes.
4. Wahl von 2 Vertreter zu der am Montag, den 21. November stattfindenden Handwerker-Tag in Münster
5. Aussprache.

Fehlen zu dieser Versammlung wird mit 15 Mk. bestraft. Handwerker erscheint alle, keiner darf fehlen.

Der Vorstand.

Jugendabteilung des kath. Frauenbundes

Mittwoch abend 8 Uhr

Versammlung

im kleinen Saale des kath. Gesellenhauses

Tagesordnung:

1. Vortrag von Frl. Studienrat Elbers, über: Annette von Droste-Hülshoff.
2. Allgemeines.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Auch Nichtmitglieder sind herzlich willkommen.

Trotz der neuen Steuer.

15 Pfg. und 12 Pfg. Zigaretten aus rein oriental. Tabak hergestellt — solange der Vorrat reicht — empfiehlt:

Hugo Steinfeld, Rheine,
— — Emsstraße 25. — —

Mk. 1000.— Belohnung!

Am 29.—30. 10. 21 ist der v. Gescher'schen Gutsverwaltung Venhaus Post Rheine i. Westf. Krs. Lingen 1 Rind, (schwarzbunt mit Stern, Alter 1½ Jahre, Ohrmarkennummer r. Ohr 137, l. Ohr 9?30 von der Weide gestohlen worden. Wir warnen vor Ankauf dieses Tieres und sichern obige Belohnung demjenigen zu, der uns den, resp. die Täter namhaft macht, bezw. uns nähere Mitteilung zukommen läßt, die zur Ermittlung der Täter führt.

Zentral-Viehversicherungs-Verein a. G. Hildesheim, Schützenallee 12.

Basteln Sie? So verlangen Sie Gratis-Prospekt unserer 1000fach bewährten **Universal-Tischhobelbänke**
D. R. G. M. — **Schrader u. Co., Leipzig 174**

Zum sofortigen Eintritt suchen wir

Jungen oder Mädchen

für leichtere Arbeiten und Botengänge in den Bureaus.

Rheiner Maschinenfabrik Windhoff A.G.

Zwei Bankbeamte sucht in besserem Hause ein oder zwei

möbl. Zimmer

mit voller Pension Innenstadt bevorzugt.

Ang. unt. B. 7 an die Geschäftsstelle.

Für ein kaufmännisches Büro wird zum sofortigen Eintritt ein durchaus befähigter

jüngerer Mann

gesucht. Gefl. ausführliche Angebote mit Gehaltsansprüchen unter B. C. 500 an die Geschäftsstelle.

Eine Mappe

m. Gewerbeschein von Hotel Hartmann bis Havenhorst (Gefangenenlager) Hauenhorsterstraße verloren.

Wibben,
Gefangenlager
Hauenhorst.